



öffentlich

Betreff:

Integration von Flüchtlingskindern an Potsdamer Schulen

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU/ANW	Erstellungsdatum	18.03.2016
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.04.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, prüfen zu lassen, inwiefern es in der Praxis umsetzbar wäre, eine ausgewogenere Verteilung der in Potsdam ansässigen Flüchtlingskinder auf die Schulen zu gewährleisten - insbesondere an den Potsdamer Grundschulen.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

gez. Mike Schubert
Fraktionsvorsitzender
SPD

gez. Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Derzeit sind die Schulen in unserer Stadt durch die zunehmende Integrationsarbeit mit den Flüchtlingskindern sehr gefordert. An einigen Schulen ist jedoch eine besondere Häufung von Kindern ausländischer Herkunft festzustellen, wie an der Weidenhof-Grundschule am Schlaatz. Ein Rückgang des hohen Ausländerprozentsatzes von derzeit 50 Prozent in den ersten Klassen ist nicht absehbar, zumal die nahe gelegene Flüchtlingsunterkunft an der Heinrich-Mann-Allee auch noch erweitert werden soll.

Dies hat zur Folge, dass hier lebende Familien zunehmend in andere Schulen in der Nachbarschaft ausweichen, weil sie den hohen Ausländeranteil schwierig finden.

Unter Berücksichtigung des öffentlichen Verkehrsnetzes müsste es möglich und zumutbar sein, schulpflichtige Kinder auch in Schulen in benachbarten Stadtvierteln unterzubringen, um eine bessere soziale Durchmischung im gesamten Stadtgebiet zu erreichen.